

1762/J XXI.GP
Eingelangt am: 18. 01. 2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Brix
und Genossen
an den Präsidenten des Rechnungshofes
betreffend Endbericht des Rechnungshofes hinsichtlich der Überprüfung der Gebarung des
BKA, BMF, BMA und des AMS, des seinerzeitigen BMAGS, BMwA und BMWV
hinsichtlich Förderungen und Aufträge an die Euroteam -Vienna Gruppe

Eine APA - Aussendung vom 9.11.2000 berichtet über eine Pressekonferenz des freiheitlichen
Abg. Reinhart Gaugg und dass dieser davon ausginge, dass es einen Schlussbericht des
Rechnungshofes hinsichtlich der Überprüfung von Geldflüssen an die Euroteam -Vienna
Gruppe vermutlich nicht geben werde.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegt bloß ein Rohbericht und darauf bezughabende
Stellungnahmen der geprüften Ministerien und des AMS vor.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Präsidenten des Rechnungshofes
nachstehende

Anfrage:

1. Ist vom Rechnungshof in Aussicht genommen, einen Endbericht im Rahmen der
Prüfung der Gebarung des BKA, BMF, BMA und des AMS, des seinerzeitigen
BMAGS, BMwA und BMWV hinsichtlich Förderungen und Aufträge an die Euroteam -
Vienna Gruppe zu erstellen?
2. Wann ist mit der Fertigstellung eines entsprechenden Endberichtes zu rechnen und
worin liegen die Gründe für eine verzögerte Vorlage dieses Endberichtes an den
Nationalrat?
3. Wird der Rechnungshof eine strafrechtliche Prüfung des Sachverhaltes durch die StA
anregen?

4. Hat der Rechnungshof nunmehr eine exakte Summe der Rückforderungen gegen die Euroteam - Gruppe errechnet?
5. Aus welchen Gründen war es möglich, dass der Inhalt des Rechnungshof Rohberichtes der Öffentlichkeit durch einen Presseartikel bekannt gemacht wurde?
6. Konnte der Rechnungshof feststellen, um welches Exemplar es sich bei dem bei der Presse zugespielten Rechnungshof Rohberichtes handelte bzw. von wem die Vertraulichkeit dieses Berichtes verletzt wurde?
7. Wurde durch den Rechnungshof eine strafrechtliche Verfolgung dieses Verhaltens angeregt?

Unter einem wird ersucht, diese Anfrage im Hinblick auf den Fortgang der Erhebungen des Untersuchungsausschusses „Vergabepaxis“ möglichst kurzfristig zu beantworten.